

# Wenn's den Nachbarn nicht gefällt

Hölstein | Das Impulszentrum Holdenweid hat mit Widerständen zu kämpfen

Der Verein Frequenzwechsel ist vor vier Jahren angetreten, die Holdenweid in Hölstein neu zu beleben. Das Projekt macht Fortschritte, auch wenn das Miteinander vor Ort nicht immer einfach sei, sagt Cornelia Huber.

Elmar Gächter

Wer die Kantonsstrasse Bubendorf-Waldenburg befährt, dem bleibt das Plakat auf der linken Seite des Dorfeingangs Hölstein vor der Zufahrt zum Seitental der «Holdenweid» nicht verborgen. Auf einer einfachen Holzkonstruktion sind zersto- chene und zerschnittene Informationsblätter aufgehängt und darunter ist in grosser Schrift zu lesen: «Ein jeder erntet die Saat, die er sät.» Allgemein fragt sich, welche Botschaft hier von wem an wen gerichtet ist und weshalb.

Als Leidtragender outet sich der Verein «Frequenzwechsel», der seit rund vier Jahren daran ist, die «Holdenweid» als Impulszentrum zu neuem Leben zu erwecken. Anlass für ihr öffentliches Statement ist, dass sowohl die grosse Hinweistafel, die auf die Aktivitäten des Vereins hinweist, als auch jene für die besonderen Herbstanlässe zerstört worden sind. «Mutwillig», wie Cornelia Huber, eine der treibenden Kräfte des Impulszentrums Holdenweid, überzeugt ist. Dieser offensichtliche Vandalenakt reiht sich ein in verschiedene andere Sticheleien, die sich Huber und ihre Mitstreiter seit ihrem Einzug in der «Holdenweid» ausgesetzt sehen.

Wer für die «Zerstörungsaktion» verantwortlich ist, weiss der Verein nicht. Doch er erfährt noch von anderer Seite Widerstand: Die Mitbewohnenden im sogenannten Herrenhaus, das wie der ganze Gebäudekomplex und der grosse landwirtschaftliche Umschwung nach wie vor der Stadt Basel gehört, machen ihren Nachbarn von «Frequenzwechsel» ein friedliches Miteinan-



Zerschnittenes Transparent des Impulszentrums «Holdenweid» – und dessen Antwort darauf.

Bild Elmar Gächter

der in der «Holdenweid» schwer. «Wir kamen hierher mit einer klaren Vision. Niemand von uns war darauf vorbereitet, dass wir damit auf so erbitterten Widerstand stossen würden, der sich als Reaktion auf unseren Verein formierte», sagt Cornelia Huber.

## Vor einem Jahr übernommen

Zu Beginn hätten die Interventionen einiger der Nachbarn sie in Atem gehalten. Es habe verschiedenste Formen der Sabotage oder beispielsweise E-Mails an verschiedene öffentliche Stellen gegeben, in denen versucht worden sei, die Leute von «Frequenzwechsel» auf jede mögliche Art und Weise schlechtzumachen und zu verunglimpfen. Diese Art der Denunziation trete bis heute auf.

Cornelia Huber legt als einen von verschiedenen Beweisen den schriftlichen E-Mail-Verkehr vom Frühling dieses Jahres vor, in dem ihre Nachbarn versucht haben, «Frequenzwechsel» bei Dritten zu

verunglimpfen. Es wird darin unter anderem versucht, den Verein als Sekte darzustellen. Auch wird ihm vorgeworfen, die Verantwortlichen von «Frequenzwechsel» würden seit Jahren versuchen, einen Landwirt und langjährigen Mieter von Land und Gebäuden in der «Holdenweid» zu vertreiben. «Unsere Nachbarn sehen sich gerne als Opfer. Die Art und Weise, wie sie sich hier jedoch aufzuführen sowie die Taten, Handlungen und Interventionen, die hier vorkamen, entbehren jedoch jeglicher Würde und jeglichen Anstands», so Huber. Die Darstellungen der Nachbarn hätten unter anderem dazu geführt, dass eine Stiftung davon abgesehen habe, Gelder für die Belebung der «Holdenweid» als Impulszentrum zu sprechen.

Der Kanton Basel-Stadt hat als Eigentümerin dem Verein Frequenzwechsel vor rund einem Jahr den Zuschlag erteilt, den Gebäudekomplex im Baurecht zu übernehmen. Die entsprechenden Vorbereitungen sind intensiv im Gang. Mitbeworben

hatte sich auch die «IG Holdenweid», unter der sich die Bewohner des Herrenhauses zusammengeschlossen haben. Eine Beschwerde eines ihrer Mitglieder gegen den Entscheid wurde gerichtlich abgewiesen.

Das Plakat «Ein jeder erntet die Saat, die er sät» richte sich im Übrigen gegen niemanden, sagt Huber. Es drücke einfach eine Gesetzmässigkeit aus, die für alle gültig sei. «Dies gilt genauso für uns wie für jene Person, welche die Schilder zerstochen hat. Wir gehen davon aus, dass wir den Zuschlag für das «Impulszentrum» erhalten haben, weil wir hier etwas erschaffen, das für die Menschen ist», sagt sie. Es hätten alle Gelegenheit gehabt, sich zu bewerben. «Aber wenn jemand neidisch ist, oder uns diesen Ort nicht gönnen mag, dann ist das halt so – aber langfristig schadet dies nicht uns, sondern bloss den Personen, die solche Taten begehen.»

Die «IG Holdenweid» hat auf eine Bitte um eine Stellungnahme nicht reagiert.

## Sind längere Absenzen bald möglich?

Baselbiet | Parlament lässt Stellvertretungsregelung überprüfen

sda. Der Baselbieter Landrat lässt eine Stellvertretungsregelung für längere Absenzen seiner gewählten Mitglieder prüfen. Er überwies am Donnerstag ein entsprechendes Verfahrenspostulat der GLP mit 46 gegen 34 Stimmen.

Heute kann die Geschäftsleitung des Landrates, das frühere Büro, bei Absenzen bis drei Monaten einen Dispens erteilen; für längere Absenzen ist das Parlamentsplenium zuständig. Der Vorstoss argumentiert mit Krankheit oder Elternschaft sowie damit, dass Parlamentsitze nach Parteienproporz und nicht strikt auf eine Person vergeben würden.

In der Debatte pochten FDP und SVP darauf, dass man sich vor einer Kandidatur entscheiden müsse, ob man das Amt wahrnehmen kann; Stellvertretungen seien abzulehnen. Die Mutterschaftsfrage werde anderweitig neu geregelt. Die Geschäftsleitung des Landrats hatte sich ohne Gegenstimme gegen den offen formulierten Vorstoss ausgesprochen.

Die Ratslinke sowie Mitteparteien votierten für den Vorstoss. Er löse auch als Verfahrenspostulat nicht direkt eine Änderung aus, sondern eine Prüfung und danach vielleicht auch nur einen Bericht. Strikte Ablehnung schliesse Teile der Bevölkerung vom Parlament aus und könne zu einer Übervertretung Älterer führen, warnten etwa die Grünen.

## NACHRICHTEN

### Abfallverbände: vorerst keine Kooperation

Baselbiet | Eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Abfallentsorgung zwischen dem Oberbaselbieter Abfallverband (Obav) und dem Gemeindeverband Abfallbewirtschaftung Unteres Fricktal (GAF) kommt vorerst nicht zustande. Wie die Verantwortlichen des Obav gestern mitteilen, haben dies die Delegierten der Obav-Gemeinden an ihrer Versammlung vom 24. Oktober beschlossen. Darauf hätten sich die beiden Verbände geeinigt, nachdem in den Gesprächen herausgekommen sei, dass die Entsorgung des Siedlungsabfalls nur noch mit zentralen Sammelstellen zum gleichen Preis erfolgen könne. Ein regelmässiger Austausch zwischen den beiden Verbänden werde weiterhin angestrebt. vs.

### Ausländer sollen wählen dürfen

Solothurn | Im Kanton Solothurn sollen Ausländer mit Niederlassungsbewilligung auf kommunaler Ebene ein Stimm- und Wahlrecht erhalten können. Das will ein linkes Komitee mit einer bei der Staatskanzlei eingereichten Volksinitiative erreichen. Die Verfassungsinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene» ist gemäss Angaben des Komitees von gestern mit 3060 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Junge SP Olten will mit Unterstützung von SP, Grünen, Jungsozialisten (Juso) und Jungen Grünen mit dem Begehren die Kantonsverfassung ändern. Die Einwohnergemeinden sollen Personen mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) das Stimm- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten gewähren können. Die Einwohnergemeinden bestimmen, ob sie das Stimm- sowie das aktive und das passive Wahlrecht oder nur Teile davon gewähren, wie es im Initiativtext heisst. Von der Mitsprachemöglichkeit wären im Kanton mehr als 42 000 Personen oder 16 Prozent der Wohnbevölkerung betroffen. sda.

# «Motion Riebli» bleibt bestehen

Baselbiet | SP zieht Vorstoss gegen Sozialhilfekürzungs-Entscheid zurück

Die SP hat im Landrat eine Redeschlacht zur Sozialhilfe abgesehen: Sie zog eine Motion zurück, welche den Abbruch der Umsetzung der «Motion Riebli» forderte, mit der eine Kürzung der Sozialhilfe verlangt wird.

sda/tho. Die von SP-Fraktionschefin Miriam Locher (Münchenstein) eingereichte Motion forderte, den damals mit nur einer Stimme Differenz ausgelösten Gesetzgebungsprozess zu stoppen, weil sie die geforderte Kürzung der Sozialhilfe weiterhin für völlig falsch und nicht verantwortbar halte. Angesichts der neuen Mehrheiten nach den Landratswahlen sei das laut SP «nutzlos» Verfahren («Bürokratieleerlauf») abzubrechen.

Der Rückzug des in der Vergangenheit viel diskutierten SP-Vorstosses kam gestern im Landrat als

überraschende Schlusspointe im Votum der SP-Sprecherin. Zuvor hatte sie nochmals viele Argumente gegen die von SVP-Landrat Peter Riebli (Buckten) eingereichte Motion vorgebracht. Gründe für den Rückzug waren aus den engagierten Ausführungen kaum explizit ablesbar. In einem später verschickten Communiqué der SP heisst es, die Regierung habe die Ablehnung der SP-Motion ausschliesslich mit einer formaljuristischen Argumentation beantragt. Eine inhaltliche Diskussion sei daher kaum noch möglich gewesen.

## SP nimmt Lauber in die Pflicht

Locher sagte gestern im Landrat, dass die SP nun auf die besonnene Umsetzung der «Motion Riebli» durch die Regierung vertrauen müsse. Immerhin trage die Partei des zuständigen Regierungsrats Anton Lauber ein «C» im Parteinamen.

Die Regierung hatte im September vage eine lediglich moderate Umsetzung der «Motion Riebli» in Aussicht gestellt. Somit war gestern offen, ob die Mitteparteien – wie die CVP – die SP-Motion tatsächlich unterstützt und damit Laubers Vorarbeiten zunichte gemacht hätten. Ein Scheitern ihrer «Anti-Riebli-Motion» wollte die SP offensichtlich nicht riskieren.

In seiner alten Zusammensetzung hatte der Landrat im April 2018 die «Motion Riebli» für einen Systemwechsel bei der Sozialhilfe mit 42 zu 41 Stimmen überwiesen. Kernpunkt jener Forderung ist eine Kürzung des Grundbedarfs um 30 Prozent von 986 auf 690 Franken pro Monat mit der Option, den Betrag über Motivationszulagen wieder erhöhen zu können. Die Regierung kündigte nach der Einreichung der SP-Motion am 9. September an, die SVP-Motion «nicht

buchstabengetreu» umzusetzen. Die Konsultativkommission Sozialhilfe habe eine «moderate Anpassung des Systems» ausgearbeitet. Diese sehe eine «differenzierte Gewichtung pro Einzelfall» vor, indes mit einem Stufensystem nach Mitwirkung.

Locher sagte, die SP werde den Vorschlag der Regierung einer sehr kritischen Würdigung unterziehen und «jede Verschlechterung an der Urne bekämpfen». Das Volk wolle keinen Abbau «auf dem Rücken der Schwächsten».

SVP-Motionär Peter Riebli, der mittlerweile Landratspräsident ist, übergab für das Traktandum übrigens nicht an seinen Stellvertreter, sondern leitete die Sitzung selber. Möglicherweise hatte er zuvor schon gewusst, dass die SP-Motion zurückgezogen wird und es zu keiner weiteren grösseren Diskussion um seinen Vorstoss kommen wird.